

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2906 - 2907

Völkische „Scherenklubs“.

Graefe-Goldebee weiß von nichts.

In einer deutschvölkischen Versammlung am Dienstag hielt Reichstagsabgeordneter v. Graefe-Goldebee es für notwendig, folgende Erklärung zu den bisherigen Veröffentlichungen über den Parchimer Mord abzugeben:

„Wenn sich die Zeitungsberichte über den Mord in Mecklenburg bestätigen, so erkläre ich, daß wir selbstverständlich die Mordtat genau so verurteilen wie jeder andere Staatsbürger. Wir bedauern es schmerzlich, daß junge Landsleute sich, angewidert und empört durch das allerdings in ekelhafter Weise zunehmende Spittelwesen, zu einer Tat haben verleiten lassen, die niemals Gutes stiften kann. Aber es ist eine geradezu verbrecherische Unterstellung, wenn gewisse Kreise eine ganze Partei und insbesondere ihre Führung dafür verantwortlich machen wollen, was einzelne Fanatiker und durch Verlogenheiten zur Verzweiflung Getriebene verübten. Ich kann der Regierung gegenüber nur sehr ernst feststellen, daß es gerade der glänzenden Disziplin unserer Freunde und dem Vertrauen, das die Führung genießt, bis jetzt gelungen war, die nur zu begreifliche Wut unschuldig Verfolgter von tatsächlicher Empörung abzuhalten. Aber die Regierung mag sich selbst die Frage vorlegen, ob es auf die Dauer möglich ist, alle Explosionen zu verhüten, wenn sie durch die Verfolgung maßloser Bürger eine Atmosphäre höchster Spannung geradezu künstlich schafft. Wir sind jederzeit bereit, an der Verhütung von verbrecherischen Taten Berzeiwelfer und Berichtler mitzuwirken, aber gerechte Behandlung ist die Voraussetzung für einen sicheren Erfolg.“

Im Anschluß an die Rede v. Graefes forderte ein Redner aus dem Ruhrgebiet zur Bildung von „Scherenklubs“ auch im unbesetzten Gebiet auf, deren Aufgabe es sein müßte, Mädchen, die mit Ausländern und Juden verkehrten, die Haare abzuschneiden! Graefe-Goldebee hält es danach für gut, von Taten „durch Verfolgung zur Verzweiflung Getriebener“ zu sprechen. Wo ist auch nur der geringste Anhalt dafür zu finden, daß die Korbhach-Burschen, die alle Welt terrorisieren, nicht zuletzt sich gegenseitig „verfolgt“ haben und „zur Verzweiflung getrieben“ wären? Sie haufen auf dem Lande wie die Herren, wie Landsknechte nach dem Dreißigjährigen Kriege, kneipen, spielen, prügeln sich und andere und treiben daneben militärische Übungen, ohne daß gegen sie mit hinreichender Energie vorgegangen wird.

Graefe möchte jetzt nichts von den Burschen wissen, die in seiner mecklenburgischen Heimat den Mord zu „ungeschied“ veranstaltet haben. Aber unmittelbar nach ihm spricht in seiner Versammlung ein Mann, angeblich aus dem Ruhrrevier, der offen zu Gewalttätigkeiten gegen deutsche Mädchen auffordert. Was hat Graefe getan, um diese Schamlosigkeit zu verhindern?

Wie die Dinge mit den Verantwortlichkeiten für die Mordatmosphäre tatsächlich liegen, darüber schrieb die „Germania“ in ihrer letzten Nummer:

Der Mord von Parchim muß aber schließlich auch dem letzten die Augen öffnen, der glaubt, diesen staats- und gemeingefährlichen Machenschaften politisch unreefer, in jeder Hinsicht verantwortungsloser Leute keine Bedeutung beimessen zu sollen. Die Bestialität, mit der die Beauftragten der Korbhacheme gegen einen ihrer Mitverschworenen vorgegangen sind, beleuchtet in grellen Farben, in welchem tiefen Sumpfe sich die rechtsradikalen, sogenannten „nationalen Kreise“ befinden. Die Abschachtung des Walter Kadow im Walde von Parchim ist eine bestehende Tatsache. Der grauam gemarterte Leichnam ist schließlich aber nicht nur ein durchschlagendes Beweismittel. Dieser Mord spricht eine laute Sprache, die sich zu einer schweren Anklage steigert gegen alle die, die in kalter Berechnung diese jungen Desperados in ihren Kreis einbezogen haben, sie aushalten, um sie für ihre verwerflichen Pläne zu verwerten. Die verhafteten Täter sind laut Bericht des Polizeipräsidenten sämtlich Mitglieder der deutschvölkischen Freiheitspartei. Gewiß werden die Herren an der Spitze dieser in Preußen verbotenen Partei den Versuch machen, mit einer großen Geste die Verhafteten von sich abzuschütteln. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Sind sie auch nicht direkt verantwortlich zu machen, so doch indirekt.

Die Blamage und das vernichtende Urteil, das sich die deutschvölkischen Schreiber und ihre Beauftragten bei jeglichem Auftreten geholt haben, die Tatsache ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit in Verbindung mit politischen Morden hat jeden, der klar sehen möchte, das Verbot der Freiheitspartei als zu Recht ergangen erscheinen lassen. Die Aufmerksamkeit, die amtliche Stellen dem Treiben dieses Gesindels schenken, ist nur allzu berechtigt. Das beweist nicht zuletzt der Mord von Parchim. Es ist in der Tat an der Zeit, daß man sich auch einmal von Reich wegen mit dieser Sorte Politiker etwas näher beschäftigt.

Als vor einem Jahre Rathenau unter den Augen der völkischen Maschinenpistolen sein Leben aushauchte, da fand der Reichszankler stammende Worte der Entrüstung. Niemand hat ein deutscher Kanzler einen solchen Widerhall in den breitesten Schichten des deutschen Volkes gefunden, als Kener, der das Wort prägte: „Der Feind steht rechts!“. Aber dieser Kanzler hieß nicht Cuno, sondern Birth. Bis heute ist ihm kein offenes Bekenntnis zur Republik in jenen Kreisen nicht vergessen worden, die Rathenau meuchelten, die Erberger und Gareis mordeten, die jetzt erst wieder mit Dynamit unser Parteiblatt in Münster in die Luft sprengten, und die wohlwollende Duldung fanden bei den gleichen Blättern, die heute von „sozialdemokratischer Hege-

zum Bürgerkrieg“ sprechen. Wir warten noch immer auf gleich mannhafte Worte von Cuno, Weber oder Heinze. Sie sind vornehm und hüllen sich in Schweigen. Die Korbhach-Garde aber arbeitet weiter im Dunkeln, bis eines Tages der Zusammenbruch da ist. Dann aber wird wieder die Sozialdemokratie die Männer stellen müssen, die das Reich vor dem blutigen Chaos bewahrt, weil die bürgerliche Reichsregierung nicht den Mut und die Kraft fand, rechtzeitig „die Kloake auszubrennen“.

Eine Richtigstellung.

Das Banthaus Friede u. Co. in Berlin, Bockstraße 15, das in dem Artikel Parchim-Mord in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ als Besorgungsstelle für die finanziellen Transaktionen der Korbhach-Organisationen genannt ist, ersucht uns, daß diese Angabe in jeder Hinsicht unzutreffend sei und daß die Firma weder in offener noch verdeckter Form für diese Organisation irgend welche finanzielle Transaktionen durchgeführt hat bzw. durchgeführt. Mit seinem Sohne ist Herr Friede gerade wegen seiner politischen Tätigkeit seit langem zerfallen. Von parteigenössischer Seite wird uns diese Angabe bestätigt.

Das Dynamitattentat in Münster.

Aus Münster geht uns eine eingehende Schilderung der durch das deutschvölkische Dynamitattentat verursachten Zerstörungen zu, der wir folgendes entnehmen:

„Der Trümmerhaufen steht entsetzlich aus. Die Druckerei ist als Seitengebäude an das Vordergebäude angebaut. Die Sprengladung ist jedenfalls von der in einem Nebenhausegarten gehenden hinteren Seite gelegt worden, deren Wand mit allen zwei Stockwerken niedergegangen ist. Im ersten Stock waren an der Stirnseite des Gebäudes die drei Schmaschienen aufgestellt und daneben war der Segerraum. Durch die Wucht der Explosion wurde außer der Stirnwand auch die Decke an dieser Seite aufgerissen und die drei Schmaschienen stürzten auf die Rotationsmaschinen.“

Der durch die Bombe oder durch das Sprengpulver entstandene Brand teilte sich von der Rotationsmaschine nach dem Segerraum und von da nach dem darüberliegenden Abzweigpapierraum mit, in beiden Räumen alles vernichtend. In einem nebenliegenden Raum war die Stereotypie, die ziemlich unversehrt geblieben ist. Von den Schriftstößen und Schriften ist wenig gerettet.

Die Rotationsmaschine mit den Schmaschienen und mit dem Schutt und verbrannten Papier bietet einen trostlosen Anblick, den wir photographisch festgehalten haben. Nach verschiedenen gleichlautenden Aeußerungen von Leuten des Nebenhauses, die nach der Explosion in ihren Garten liefen, haben diese zuerst nur ein drei Meter großes Loch in der Mauer gesehen und durch dasselbe einen kleinen Feuerherd, der sich trotz sofortigen Eingreifens des Geschäftsführers schnell vergrößerte und immer neue

Nahrung in den umherliegenden Papiervorräten erhielt. Den anliegenden Nebengebäuden wurden sämtliche Fensterscheiben eingedrückt und das Druckereigebäude wird jedenfalls nur zur Hälfte beim Aufbau benutzt werden können. Der Schaden wird auf über 1 Milliarde geschätzt. An Zeitungspapier waren ca. 8000 Kilogramm im Keller. Es steht zu zwei Fünftel im Abwasser und ist unbrauchbar geworden. Das Gebäude wird jetzt von der Schupo bewacht (das hätte die Schupo lieber vorher tun sollen. Die Red.) und Kriminalbeamte sind am Werk, den Täter zu ermitteln. Es soll eine Belohnung von mindestens 10 Millionen Mark ausgesetzt werden, wozu von privater Seite 5 Millionen beigetragen sind. Die Feuerwehr konnte erst nach stündlicher Arbeit den Platz verlassen. Die Stadtverwaltung hat dem Geschäft ein vorläufiges Darlehen von 600 Millionen Mark

gegeben und auch Räume für die Fortführung des Betriebes zur Verfügung gestellt.“

Diese Schilderung der grauenhaften Verwüstung eines von der Arbeiterschaft aufgebauten Zeitungsmittelnehmens zeigt, welche Werte von den Banden deutschvölkischer Couleur vernichtet worden sind. Es darf nicht nur darauf antommen, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen, es muß auch unter allen Umständen durch restlose Zerstörung der deutschvölkischen Organisationen die Wiederkehr solcher Schandthaten verhindert werden. Deutschland ist nicht Italien und die Arbeiterschaft wird sich unter keinen Umständen den Versuch, italienische Zustände bei uns zu schaffen, gefallen lassen.

Münster, 27. Juni. (Mit.) Zur Klärung des Attentats auf das sozialistische Blatt „Volkswille“ hat die preussische Regierung die politische Polizei in Berlin beauftragt. Die betreffenden Beamten sind bereits hier eingetroffen.

Weitere Markflucht.

Die Tatsache, daß im gestrigen Aktienverkehr der größte Teil der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ungedeckt blieb, gab dem heutigen Devisenmarkt von vornherein ein sehr festes Gepräge. Die sich vergrößernde englisch-französische Spannung beeinträchtigt die Hoffnungen auf ein rasches Fortschreiten der internationalen Verhandlungen über die Reparations- und Ruhrfrage. Auch die neuesten englischen Enthüllungen über die französischen Rheinlandpläne werden hier mit erneuter Sorge diskutiert. Der Effektenverkehr stand im Zeichen einer stürmischen Fluchtphase. Der Geldmarkt ist überaus flüssig. Seit langer Zeit ist kein Quartalsultimo so leicht überwunden worden, wie diesmal. Die Kurssteigerungen sind auf allen Gebieten des Effektenmarktes beipielslos groß.

Planmäßige Währungspolitik.

Wie alle bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Währungspolitik scheint sich auch die neue Devisenverordnung als ein Schlag ins Wasser zu erweisen. Am Tage nach ihrer Veröffentlichung sind zwar die Kurse etwas gedrückt worden, aber auf die Dauer ist von dieser Verordnung keine Wirkung zu erwarten. Notwendig ist, daß es nicht bei dieser vereinzelt Maßnahme bleibt, sondern daß das von der Sozialdemokratie aufgestellte Währungsprogramm in vollem Umfange durchgeführt wird.

Zunächst ist erforderlich, daß schleunigst die Zentralisierung des Devisenverkehrs eingeführt und eine neue Stützungsaktion begonnen wird. Voraussetzung ihres Gelingens aber ist ein ausreichender Devisenfonds, mit dessen Hilfe eine starke Interventionstätigkeit auszuüben ist, die die Kurse drückt. Neben dem Golde der Reichsbank, das für diese Zwecke erneut eingesetzt werden muß, ist aber auch die private Wirtschaft mit ihrem Devisenbestand heranzuziehen. An der Beschlagnahme der von der Wirtschaft angesammelten Devisenbestände wird man deshalb kaum vorübergehen können, sofern man wirklich die Absicht hat, die aus außen- und innenpolitischen Gründen notwendige Marktstützungsaktion erneut aufzunehmen. Warum hat man übrigens diese bereits am 19. April als unmittelbar bevorstehend angekündigte Beschlagnahme bis jetzt nicht durchgeführt? Will man sich auch hierbei erst wieder dazu entschließen, wenn es zu spät ist?

Wann ist ferner das seit langem angekündigte Verbot des Ankaufes ausländischer Effekten im Auslande zu erwarten? Seitengroße Inflation in deutschen Blättern fordern zur Zeichnung der österreichischen Dollaranleihe auf. Erhebliche Markbeträge wendern zu diesem Zweck ins Ausland und schädigen die deutsche Valuta. Wann ist endlich zu erwarten, daß Beschränkungen der Einfuhr von Waren vorgenommen werden, die in übermäßigem Umfang ebenso die Mark schädigt wie die Einfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln gegen deutsche Mark? Was will man ferner tun, um dem ungeheuren Verfall der deutschen Finanzen Einhalt zu gebieten? Die kleine Besserung im Mai ist längst wieder einer rasenden Verschlechterung gewichen. In der ersten Juni-Dezade sind weniger als 15 Proz. der Ausgaben durch Steuern gedeckt worden. Im ganzen Monat Juni dürften es kaum 5 Proz. sein; alles andere liefert die Notenpresse. Daran wird durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern kaum etwas geändert. Nur schärfste Besteuern mit sofortiger Wirkung könnten hier eine Wendung zum Besseren herbeiführen.

Aber selbst wenn das alles geschieht, bleibt noch eine außerordentlich große Lücke. Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über den Fall Stinnes haben bewiesen, wie ungeheuer leichtfertig von diesen maßgebenden Kreisen der deutschen Wirtschaft Handlungen vorgenommen werden, deren Wirkungen die schärfste Schädigung der Mark darstellen. Das ist nur ein Fall von vielen, die sich jeden Tag ereignen. Wie gewissenlos gehandelt wird, dafür nur einige Beispiele: Raum war der Freiverkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln verboten, als der mit Dollarschahanweisungen um so stärker einsetzte. An Stelle der wirklichen Notierungen gab man „Schätzungen“ für die Devisen an, wodurch eine ähnliche die Mark schädigende Wirkung erzielt wurde. Aber auch an direkten Maßnahmen zur Schädigung der Mark fehlt es nicht. Uns liegt ein Schreiben eines Bankhauses in Amsterdam vor, das die Vertretung der Darmstädter Bank hat und mit erheblichen Krediten dieser Bank arbeitet. In ihm wird geradezu zur Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln aufgefordert. In diesem Schreiben heißt es:

„Da gegenwärtig die Devisengeschäfte in Deutschland stark eingeschränkt, wenn nicht gar ganz unmöglich geworden sind, so möchten wir uns gestatten, Sie darauf hinzuweisen, daß es uns noch möglich ist, Devisenintertransaktionen, und zwar Käufe, sowie Verkäufe in allen Valuten, u. a. auch Verkäufe von Mark per ein und zwei Monate gegen Gulden und andere Valuten, die Ihnen auf späteren Terminen dann zur Verfügung stehen würden, durchzuführen.“

Eine noch stärkere Schädigung der Mark dürfte von den vielen geheimen Zirkularen ausgehen, in denen Banken und Bankinstitute ihre Hoffnung auf weiteren Markverfall ausdrücken. In der „Deutschen Allgem. Ztg.“ wurde vor einiger Zeit ein derartiges Rundschreiben, das das Datum des 18. April trug, veröffentlicht. In diesem Tage stieg der Dollar von 22 000 auf etwa 25 000. In dem Rundschreiben aber hieß es:

„Wenn heute der Dollar um 100 000 M. bewertet würde, so wäre dies im Gegensatz zu unserer ehemaligen Friedensgoldparität auch noch eine Unterbewertung des Dollars. . . . Infolge des zu erwartenden Zusammenbruchs der deutschen Papiermarkwährung empfehlen wir Ihnen, gegebenenfalls Ihre Bestellung telegraphisch aufzugeben, damit Sie bei der mit Sicherheit eintretenden außerordentlichen Entwertung der Mark rechtzeitig Ihren Papiergeldbesitz durch Umtausch in ein Valutapapier vor Entwertung geschützt haben.“

Bei den Urhebern dieses Rundschreibens herrschte zweifellos die Absicht vor, die Mark zu schädigen. Aber selbst wenn diese Absicht nicht bestanden hätte, eine derartige Wirkung des Rundschreibens ist kaum zu bestreiten. Trotzdem ist eine solche Handlungsweise gegenwärtig straflos. Weber die Devisenverordnung, noch irgend eine andere gesetzliche Bestimmung schützt die Mark vor solchen schweren Schädigungen. Wir brauchen deshalb ein Schutzgesetz für die Wäh-

rung, daß solchen Handlungen ein für alle mal einen Kiegel vorschleibt und sie mit den allerhöchsten Strafen belegt. Wer die Mark schädigt, handelt schlimmer als ein Landesverräter.

In der Tschechoslowakei hat sich diese Auffassung durchgesetzt. Trotzdem die tschechische Krone seit langem stabil ist, hat die Regierung dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der tschechoslowakischen Währung vorgelegt. Seine Grundgedanken sind in den folgenden drei Paragraphen enthalten:

1. Wer ohne wirtschaftlichen Bedarf oder darüber hinaus fremde Zahlungsmittel und Edelmetalle gegen heimische Zahlungsmittel tauscht oder diese gegen fremde Zahlungsmittel und Edelmetalle verkauft, wird wegen Vergehens mit schweren Kerkerstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft.

2. Ebenso wird bestraft, wer bei einer Rechtsabhandlung, deren Gegenstand einheimische oder fremde Zahlungsmittel oder Edelmetalle sind, in einer Art vorgeht, von der er nach seinem Beruf, seinen Kenntnissen und Erfahrungen erkennen muß, daß es der tschechoslowakischen Währung schädlich sein könnte.

3. Wer sich dieser Taten schuldig macht in der Absicht, die tschechoslowakische Währung zu schädigen, wird wegen Vergehens mit schweren Kerker für die Dauer von 1 bis 5 Jahren bestraft.

Will man den rasenden Verfall der deutschen Währung und damit auch der deutschen Wirtschaft aufhalten, so wird man, neben den erwähnten finanzpolitischen Maßnahmen, auch die Grundgedanken des tschechoslowakischen Schutzgesetzes in der deutschen Gesetzgebung festlegen müssen. Nur auf diese Weise wird man den Spekulant auf Deutschlands Zusammenbruch, die sich an der Rot des Volkes und des Staates bereichern, das Handwerk legen können.

Ein Mahnruf des Wirtschaftsministers.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker richtete an den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentralverband des deutschen Großhandels, den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausführhandels und den deutschen Industrie- und Handelstag den folgenden Mahnruf:

„Die Devisenpolitik der Reichsregierung kann nur dann Erfolg haben, wenn die industriellen Betriebe und Handelsfirmen sich bei ihren Anforderungen an den Devisenmarkt, insbesondere zwecks Einkauf ausländischer Rohstoffe und Waren, die allergrößte Einschränkung auferlegen. In den Erörterungen über unsere Devisenlage kehrt auch immer die Behauptung wieder, daß sowohl die Rohstoffe und Warenlager wie die Devisenbestände bei solchen Firmen über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. Solche Bestände jeht für unsere Währungswirtschaft nutzbar zu machen, ist vaterländische Pflicht; angesichts der schweren Gefahren, die Reich und Wirtschaft bedrohen, wenn dem Verfall der deutschen Währung nicht Einhalt geboten werden kann.

Ich richte an alle Kreise der deutschen Wirtschaft das dringende Ersuchen, die Reichsregierung nicht nur durch peinliche Befolgung der von ihr erlassenen Vorschriften, sondern auch durch freiwillige verständnisvolle Mitarbeit zu unterstützen. Die wirtschaftlichen Kreise werden sich bei allen geschäftlichen Maßnahmen, welche irgend auf den Stand der Reichsmark Einfluß üben können, Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob ihre Geschäfte dieser Art sachlich und zeitlich von solcher Dringlichkeit sind, daß ihre Durchführung im gegenwärtigen Zeitpunkt der Währungsnot gegenüber der deutschen Gemeinwirtschaft verantwortet werden kann. Ich würde es mit Dank erkennen, wenn die maßgebenden Spitzenverbände in diesem Sinne auf ihre Mitglieder mit Nachdruck einwirken würden.“

Wenn das, was Herr Dr. Becker in seinem Mahnruf an die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sagt, alles ist, was er zu sagen hat, so kann man seinem Appell von vornherein ein völliges Fiasko prophezeihen. Die bisherige Praxis dieser Spitzenverbände hat genugsam erwiesen, daß Worte wie „vaterländische Pflicht“ für sie nichts weiter sind als Schall und Rauch. Daran wird auch die Aufforderung des Reichswirtschaftsministers zur „freiwilligen verständnisvollen Mitarbeit“ nicht das geringste ändern. Dieser Appell wird vielmehr in den interessierten Kreisen nur mit einem Augurenlächeln begrüßt werden. Helfen können nicht derartige rührselige Kund-

gebungen, sondern nur energische Maßnahmen und staatlicher Zwang. Für Sonntagspredigten brauchen wir keinen Wirtschaftsminister!

Kommunistische Freundschaft.

Ab und zu bringt die „Rote Fahne“ doch noch mal Neuierungen, die über die inneren Gegensätze in der KPD orientieren. Heute veröffentlicht sie eine der üblichen meterlangen Resolutionen des Berliner Bezirksausschusses, in der mal wieder für alle Fragen auf dem weiten Erdenrund die notwendigen Parolen ausgeknobelt sind. Die armen Berliner haben Schmerzen wegen der sächsischen Regierung. Sie verlangen die Abberufung des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner und wünschen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, den Sturz der Regierung Zeigner. Die „Staatsmänner“, die in der „Roten Fahne“ jezt das Heft in der Hand haben, belehren ihre Berliner Genossen wie folgt:

„Zu der Stelle, die die Politik der Partei in bezug auf die sächsische Frage behandelt, ist zu bemerken, daß sie, bei aller berechtigten und notwendigen Kritik an der Zeignerregierung, von unrichtigen Gesichtspunkten ausgeht. Das Hindernis für die Vorwärtswirtschaft in Sachsen selbst ist gegenwärtig nur zum kleinsten Teil die Zeignerregierung (die mit all ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten den augenblicklichen Entwicklungsstand der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiterkraft widerpiegelt), sondern der rechtssozialdemokratische Flügel und Cliquen und Konsorten. Gegen diesen Flügel gilt es in Sachsen alle Kraft der Massenpropaganda zu konzentrieren (selbstverständlich ohne der notwendigen Kritik an der Zeignerregierung Abbruch zu tun). Außerhalb Sachsens muß die Propaganda für die Reichsarbeiterregierung gesteigert werden.“

Diese Belehrungen haben wenigstens den Vorzug, deutlich zu sein. Man sieht, worauf es den Herrschaften ankommt. Spaltung der Sozialdemokratie — das ist das heißersehnte Ziel, auf dessen Erreichung jede einzelne Maßnahme eingestellt wird. Nur dürfen ihre Hoffnungen verfrüht sein.

Gemeindewahlerfolge in Deutschösterreich.

Bei allen Gemeindewahlen, die bereits in die Zeit der Wahlen der Seipelschen „Sanierungs“-politik fielen, haben unsere Genossen in Deutschösterreich sehr gut abgeschnitten, so in Salzburg, Innsbruck und jezt in Linz. Natürlich darf man nicht die Wahlen der ersten Revolutionsmonate zum Vergleich heranziehen, aber gegen die Nationalratswahl von 1920 sind die sozialdemokratischen Stimmen überall stark gestiegen. Verloren haben zumeist die mit Seipel verbündeten Großdeutschen, von denen ein Teil habentkruzerisch gewählt hat, so daß diese Leute eiliche Mandate ergattern konnten.

In der oberösterreichischen Hauptstadt Linz wurde jezt Sonntag gewählt. Dabei steigerte die Sozialdemokratie, ungeachtet einem Just vor der Wahl verhandeltem Ständesprozeß, der ihr schaden sollte, ihre Stimmenzahl gegen 1920 von 25 706 auf 28 038. Sie besetzt damit 30 Mandate, die Christlichsozialen erhalten 16, die Großdeutschen 10 und die Hakenkreuzler 4.

Unsere Genossen verlieren allerdings die im Revolutionssturm 1919 eroberte absolute Mehrheit im Gemeinderat — aber es fehlt ihnen dazu nur ein einziges Mandat. Und dieses hätte die Arbeiterschaft auch noch erlangt, wenn nicht die Kommunisten durch Aufstellung einer Sonderliste 854 Stimmen der Arbeitermehrheit entzogen hätten, ohne damit auch nur einen Gemeinderat wählen zu können. Die Befreiung des Linzer Bürgerstums von der absoluten Arbeitermehrheit im Rathaus ist das Werk der Kommunisten, die soviel von der Einheitsfront reden!

Britischer Arbeiterkongreß.

London, 27. Juni. (W.B.) Auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei sagte der Vorsitzende, Abg. Sidney Webb, in der Eröffnungsrede, allen gegenwärtigen Schwierigkeiten liege die kriegerische Spannung von einem bis zum anderen Ende Europas zugrunde, die das Ergebnis der Friedensverträge sei.

Vielleicht niemals in der Geschichte gab es ein derartiges Fiasko, wie dasjenige der Staatsmänner, denen die Welt im Jahre 1919 die Aufgabe anvertraute, einen wirklichen Frieden zu schließen. Die englische Arbeiterpartei werde Frankreich deutlich erklären, daß sie keinen Schritt mit seiner aggressiven Politik zusammengehen werde, die hervorgerufen werde durch ein Gefühl der Furcht, das einer großen Nation unwürdig sei. Er würde von ganzem Herzen gern die Freundschaft des deutschen Volkes begrüßen, bis zum äußersten seiner Leistungsfähigkeit den Schaden gutzumachen, den seine Heere in Frankreich und Belgien angerichtet haben. Um eine allgemeine Verständigung unter den Völkern zu fördern, müsse man bereit sein, alle interalliierten Schulden gegenseitig zu streichen und eine Politik der Abrüstung zu befolgen.

Die Politik der englischen Unternehmer, die Börsen soweit wie möglich abzubauen, könne nur dadurch erfolgreich bekämpft werden, daß die gesamte Produktion des Landes von den schweren Lasten der Schuldverzinzung befreit werde. Zu diesem Zweck müsse eine durchgreifende Vermögenssteuer eingeführt werden, aus deren Erträgen die Kriegsschulden in raschem Tempo getilgt werden müßten.

Er, Webb, regne damit, daß die Arbeiterpartei im Jahre 1926 eine Mehrheit im Lande und im Unterhaus

haben werde. Sie werde als Regierungspartei ruhig und überlegt vorgehen. Bon jezt ab müsse jeder Arbeiterparteilerner für die Partei wirken in dem Bewußtsein, die Verpflichtung zu haben, jeden Augenblick die Aufgabe lösen zu müssen, das Versprechen in die Tat umzusetzen. In der inneren Politik und in der Wirtschaftspolitik sei ebenso wie in der Außenpolitik

nichts durch Gewalt zu erreichen. Gewalt sei stets mit Furcht verbunden, sie könne beiden Parteien nur schaden, derjenigen, die sie anwende, und derjenigen, die sie erdulden müsse. Gewalt könne Tod oder Unterwerfung zur Folge haben, und beides seien Symbole der Zerstörung.

Abg. Thomas versicherte, die Arbeiterpartei habe nicht die Absicht, die deutschen Arbeiter im Stich zu lassen.

Der Antrag der kommunistischen Partei um Aufnahme in die Arbeiterpartei wurden mit 2 880 000 gegen 368 000 Stimmen verworfen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 18. Juni 1 200 600, das heißt 3548 mehr als in der Woche vorher.

Zeit für den Sechsstundentag.

London, 27. Juni. (Eca.) Die Eisenbahner werden auf dem Gewerkschaftskongreß, der im kommenden September stattfinden wird, beantragen, daß nach der Auffassung des Kongresses der Augenblick gekommen sei, den Sechsstundentag zu verlangen.

Unterbrechung der Ententeverhandlungen.

Durch die belgische Krise.

Paris, 26. Juni. (II.) Aus Brüssel wird gemeldet: Die Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts sind der Ansicht, daß es ihnen im Augenblick die innere Lage verbietet, die interalliierten Verhandlungen fortzusetzen und die kommende Regierung festzulegen. Infolgedessen werden die begonnenen Verhandlungen unterbrochen.

Brüssel, 27. Juni. (E.B.) Die Erklärung Theunis', daß er auf die Bildung des Kabinetts verzichtet werde, wenn er bis Donnerstag nicht in der Lage sei, der Kammer ein vollständiges Ministerium vorzustellen, hat die Parteiführer zum Einlenken veranlaßt. Die Radikalen scheinen jezt die größere Mehrheitsformel Rolfs für die Universität Gent annehmen zu wollen. Man glaubt, daß infolge dieser Verhandlungen die Ministerkrise heute nachmittags gelöst sein wird.

Spanische Sozialisten gegen Marokkopolitik. In der Kammer erklärte Besteiro (Soz.), daß er von vornherein die neuen Verpflichtungen nicht billige, die Spanien in bezug auf Tanger eingegangen werde, wie die sozialistische Partei überhaupt die Marokkopolitik Spaniens nicht billigen könne.

Die hinterlistige Hakenkreuzmuse. Der völkische „Deutsche Volkshote“ in Karlsbad veröffentlichte vor einigen Tagen folgendes Gedicht:

Achtel auf den Feind im Hinterhalt,
Rastlos sel zum Kampf mit ihm gerüstet!
Judah Reib, den nach Zerstörung löstet,
Schändet eure blonde Lichtgestalt.
Göttlich lacht in unermeltem Blühn,
Ewig prangend die Germanenfeier.
Stärke, Hoß sel Nach sie groß und stärke
Ihren Troß zu hohem Kampfesglühn.
Chaos, das der Jude, euch zu teiten,
Tüdtlich schuf, besiegt es durch das Völk!
Einer Schlange, die im Rote kriecht,
Raubt das Gift, das Ariertum zu retten.

Es scheint, daß „Judah Reib, der nach Zerstörung löstet“, dieses schöne Lied in die arglose, „blonde Lichtgestalt“ des „Deutschen Volkshoten“ hineingeschmuggelt hat. Dieht man nämlich die Anfangsbuchstaben der einzelnen Verse von oben nach unten, so ergeben sie das häßliche pietätlose Wort „Ariischgeflücht“. Ja ja, lieber Volkshote: „Achtel auf den Feind im Hinterhalt!“ Sonst gefehlt es, daß nicht die „ewig prangende Germanenfeier“, sondern der intelligenter böse Feind über betnen Reinsfall „göttlich lacht in unermeltem Blühn!“

Sorge um die „Wissenschaft“. Die Deutsche Gesellschaft für technische Physik hat folgende Entschlüsselung gefaßt: „Die Deutsche Gesellschaft für technische Physik e. V. hat mit großem Bedauern von dem hochbegabtesten Mitglied des Prof. Dr. Lenard Kenntnis erhalten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein vorzeitiges Ausscheiden dieses noch in voller Arbeitskraft stehenden hervorragenden Naturforschers und Bekehrers für die Wissenschaft einen unersehlichen Verlust bedeuten würde. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß das badiische Unterrichtsministerium nichts unversucht lassen wird, diesen hervorragenden Gelehrten seinem Wirkungskreis zu erhalten.“

Wertwürdig, daß diese Sorge um die Wissenschaft sich nur gegenüber Lenard kundgibt, wo es sich um einen Gelehrten handelt, der sich — mißdeutend — tollkühner nationalstiftischer Ausschreitungen schuldig gemacht hat. Im Falle Einstein, dessen einziges Verbrechen in seiner jüdischen Abstammung besteht, scheint die Wissenschaft weniger geäußert zu sein.

In der Krania (Zaubersprüche) brüht am 1. Juli, abends 8 Uhr, Kunstmaler W. Kranz über den jüngsten Ausbruch des Ketna. Auch wird Herr Kranz an der Hand zahlreicher farbiger Lichtbilder nach eigenen Aufnahmen seine letzte Besetzung des Feuerberges schildern.

Grabstein-Ehrengabe für Arno Holz. Die Ehrengabe, die die deutschen Stadler Arno Holz zum 60. Geburtstag dardenedacht haben, erscheint demnächst bei Gullit. Es sind 30 Bände unter denen die Namen der deutschen Kunst stehen. Lieber man hat ein Bildnis des Dichters beigezeichnet, Thoma eine Habierung „Apolo und Marischa“, Glevog, Corinthe, Käthe Kollwitz und Barlach, Koloßka und Pochstein, Reib und Hedei sind vertreten.

Die Memoiren der Baronin Matschke.

Von Hans Klabaütermann.

Der Reichskanzler Cuno sprach neulich in Münster von den wichtigen Aufgaben und Sorgen der Presse. Sie soll auch in Zukunft ein wahres Abbild der Volksmeinung und Volksstimmung sein und unserem Volk ein Führer zum Geistigen und Sittlichen bleiben.

Vorläufig hat leider an dieser hehren Aufgabe nur die bürgerliche Presse erfolgreich arbeiten können. Neulich ist erst an dieser Stelle mit Behmut festgesetzt worden, daß eine bürgerliche Zeitung in der glücklichen Lage ist, ihre Leser mit Intimitäten aus hochgebornen Kreisen entzücken zu können, indem sie die Geschichte des Kronprinzen Rudolf unterrichtet aufwärmt und die garantiert reine Prima-Wahrheit über die Tragödie von Mayerling verzapft. Ein anderes großes demokratisches Blatt füllt seine Spalten mit Erinnerungen des Grafen Eulenburg, des warmen Phili aus Liebenberg. Der Zeitgenosse verjüngt die erschütternden Zeiten mit klopfbendem Herzen. Endlich wird das Geheimnis über den Grafen Rauhau gelüßt. Also tatsächlich, er schielte und hatte eine schiefe Nase. Auch werden endlich authentische Daten über die frappanten musikalischen Eigenschaften eines Schoßhundes gebracht, der zu dem eifersüchtigen Kanzler Bismarck in allerdings etwas weißschweifigen Beziehungen stand, wodurch die bisher dunklen geschichtlichen Hintergründe kurzerhand bedeutungstrotzend ausleuchten und ungeachtete Zusammenhänge sich erschließen. Kurz, der Leser sieht sich dem Brauen des Rabes der Weltgeschichte so nahe, daß er erschlottert. Jezt befriedigt auch die „Berliner Illustrierte“ (sozusagen ein nationales Bedürfnis, indem sie — ohne Konkurrenz — das allernueste Bild der Gattin des Friedenskaisers Wilhelm II. bringt. Damit ist der Beweis erbracht, daß in einer Republik der Sinn für das wahrhaft Hohe und Edle nicht immer verstümmelt zu sein braucht.

Die sozialistische Presse sah sich bisher außerstande, in diesem Sinne für die Verbreitung republikanischen Geistes zu wirken. In dieser höchsten Not rief ich die Lunte eines demnächst erscheinenden Buchs, der „Memoiren der Baronin Matschke“. Bekanntlich war Frau Meze Matschke die Amme des Prinzen Wilhelm, nachmaligen deutschen Kaisers. Wegen der überströmenden Bekanntheit ihres Innern, man kann schon sagen, wegen der uneigennütigen Hingabe ihrer stolzen deutschen Brust wurde sie in den erblichen Fräuleinstand erhoben. Es ist mir vergönnt, einige markige Stellen aus dem epochenmachenden Werk schon jezt zu veröffentlichen. Lassen wir diese grandechristliche Frau aus dem Bolke selbst das Wort nehmen.

Es war am 28. Januar 1859. Mit dankbar noch oben gerichteten Blick sohen wir um unseren Tisch. Ein wonniges Hochgefühl ströfte unsere Seelen, denn der Himmel hatte dem deutschen Volk in seiner Allgnade den Prinzen Wilhelm beschert. Wir ahnten nicht, daß ein Strahl seiner Güte auf unser schlichtes Bürgerhaus fallen sollte. Da brachte der Briefträger eine Postkarte des kgl. Hausministeriums, die uns mit ehrfürchtigem Erschauern erfüllte. Ich sollte das verantwortungsvolle Amt einer prinzipalen Amme ausfüllen. Sofort erinnerten wir uns des Bleigießens bei der letzten Silvesterfeier, wo mein zierliches Gebilde einstimmig als lözadige Krone gedeutet wurde. Mein Mann, ein erfindungsreicher Bäcker,

hatte einen Nachttopf in der Form einer Ulanenhäpka konstruiert, der sich wegen der vieredigen Platte prächtig zum Aufstellen eignete, und auf Anraten eines patriotischen Freundes zum Zeichen der Untertanentreue dem kgl. Hof gehoramt zu überreichen sich geflattet. Dies sinnige Geschenk mag der ähhere Anlaß zu der meiner Familie zugeflossenen Ehre gewesen sein. Es galt nun, mich auf die hohe Aufgabe so schnell wie möglich vorzubereiten. Mein Neffe Artur Köhne meinte, die dringendste Vorbereitung sei für mich ohne Zweifel ein ausgiebiges Bad. Er hat nie Sinn für die Weisheit einer Stunde gehabt. Ich glaubte die freie Zeit nicht würdiger ausfüllen zu können als durch eifriges Lernen des Liedes „Heil dir im Siegerkranz“, das, wie ich zu meiner Schande gestehen muß, mir nicht mehr ganz im Gedächtnis haßete. In den ersten Tagen meines Amts hatte ich das Glück, den jungen Prinzen und damit das ganze Volk vor namenlosem Unheil zu bewahren. Eine Hofdame hätte ihn beim Teeaufgießen unsehlbar verbrüht, wenn ich den heißen Strahl nicht mit meinem breiten Rücken aufgefangen hätte. Noch heute schmäht mich die Karbe, und ich bin stolz darauf. Der dankbare Hof überreichte mir in Anerkennung meiner Geistesgegenwart das abgelegte Nabelbändchen des Prinzen, das, unter Glas aufbewahrt, das Ehrenstück unserer Familienkostbarkeiten darstellt.

Eines Tages besuchte uns der Prinz als Knabe in unserer Wohnung. Da er, wie ich nicht zu betonen brauche, in diesem Alter meine eigentlichen Dienste nicht mehr benötigte, so fühlten wir uns hoch geehrt. Der hohe Gast interessierte sich ganz besonders für meine Tochter Ilse. Diese zeigte ihm ihren Puppengarten. In diesem Miniaturpark hatte sie in regelmäßigen Abständen Zuderpuppen aufgestellt, wie sie die Konditoren zur Garnierung von Baumkuchen verwenden. Wer weiß, ob nicht der Prinz hier seine ersten Anregungen für seinen später so hoch entwickelten Kunstsin bekommen hat. Sein bescheidener Geist geht aus folgender Erinnerung hervor. Aus Anlaß seines 12. Geburtstages war er eben in Anbetracht seiner hervorragenden militärischen Leistungen zum Oberleutnant befördert worden. Als wir ihn gezeimenderweise mit „Kgl. Hoheit“ anredeten, winkte Er ab und sprach gnädig: „Sagt nur ruhig „Herr Oberleutnant“, liebe Leute!“

Solche und noch mehr Geschichten von der Weisheit des Prinzen berichtet das schöne Buch, das im Verlag von Belt u. Bakenschnüffler erscheint.

Jahre Seelen. Wie wir erfahren, hat sich der Reichspräsident bei der Oberprüfungsfilme vorführen lassen, u. a. einen Feuerfestattungsfilm. Dieser Film war von Sachverständigen des protestantischen, katholischen und jüdischen Glaubens einstimmig beanstandet worden, weil die Darstellung einer Feuerbestattung geeignet sei, das religiöse Empfinden zu verletzen. Die Oberprüfstelle hat den Film jedoch zur öffentlichen Vorführung auch vor Jugendlichen zugelassen.

Einstemalen die Feuerbestattung in Deutschen Reiche gesetzlich erlaubt ist, werden die diversen Glaubensspezialisten wohl nicht umhin können, sich für die Zukunft ein etwas widerstandsfähigeres „religiöses Empfinden“ zuzulegen. Aber weshalb müssen solche „Sachverständige“ überhaupt um Rat gefragt werden?

Farbe bekennen!

Der Berliner Etat in Gefahr!

Der Kampf um den Berliner Haushaltsplan hat seinen Höhepunkt erreicht. Die Kernfrage, um die es von Anfang an ging, schält sich nun unmittelbar vor der Entscheidung immer klarer heraus: Sollen die besitzenden Schichten wirklich ernsthaft zur Tragung der allgemeinen Lasten herangezogen werden oder sollen sie unter dem Schein einer Befreiung des Besitzes die arbeitenden Massen allein die Mittel des Haushalts aufbringen? Es geht jetzt ausschließlich noch um die Werbeständigkeit der Gewerbesteuer, um die Einfügung der sog. Geldwertvermehrung in die Beschlüsse zum Haushalt. Die Sozialdemokratie hält unbeirrt und unerrückbar daran fest, weil sonst der balancierte Etat wohl ein schönes Paradiesstüd, aber keine reale Grundlage für die städtische Wirtschaft sein würde. Die bürgerlichen Parteien kämpfen mit allen Mitteln dagegen, sie führen juristische Spitzfindigkeiten ins Feld, um ihre wirtschaftliche Interessenpolitik zu verbergen. Die Werbeständigkeit der Steuer soll bei den besitzenden Klassen wirtschaftlich untragbar, rechtlich unmöglich sein, während die arbeitenden Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger seit Jahr und Tag wertbeständig besteuert werden. Und wenn selbst die Reichs- und Landesgesetzgebung im Humpelschritt hinter der wirtschaftlichen Entwicklung einberückt — soll die größte Kommune der deutschen Republik nicht das Recht, ja die Pflicht haben, auf Grund ihrer besseren Einsicht oder ihrer schnelleren Entschlußfähigkeit einmal mit einer klaren Parole, deren innere Notwendigkeit von niemandem geleugnet wird, voranzugehen? Sollten die bürgerlichen Parteien, die so gern von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie ihren Wählermassen die Ursachen unserer Not und die Notwendigkeit von Opfer Klarheit, nicht endlich auch das bisherige Mut aufbringen, um ihren Interessententzügen gegenüber daselbst zu tun? Hier hilft allerdings kein Maulspitzen, hier muß gepöppelt werden. Hier heißt's ganz klipp und klar: Farbe bekennen!

Die Sozialdemokratie ist bereit, dem Etat trotz der in ihm enthaltenen Befreiung der breiten Schichten des schaffenden Volkes zuzustimmen, wenn ihr durch die Werbeständigkeit der Gewerbesteuer die Gewähr dafür geboten ist, daß auch der Besitz ernsthaft zum Ausgleich des Haushalts herangezogen wird. Die Entscheidung liegt bei den bürgerlichen Parteien. Wollen sie bei dieser Situation den Etat ablehnen? Wollen sie die Verantwortung dafür übernehmen, daß Berlin im nächsten Monat ohne Steuern dasteht, seine sozialen Betriebe, seine Unterführungen, seine Arbeit einstellen muß? Wollen sie die Verantwortung für die Katastrophe tragen, die sich notgedrungen daraus ergeben muß? Und das alles nur, weil die Geldwertvermehrung für die Abgaben des Besitzes, der Gewerbetreibenden nach ihrem Willen nicht in Anrechnung gebracht werden soll? Die Sozialdemokratie steht dieser Entscheidung mit ruhigem Gewissen entgegen. Sie hat getan, was sie konnte. Für sie heißt es jetzt: Bis hierher und nicht weiter! Sollte der Etat morgen aus diesem Grunde abgelehnt werden, so wird über Recht und Unrecht, über Schuld und Verantwortung das Volk zu entscheiden haben, und den bürgerlichen Parteien, deren Wähler doch nicht ausschließlich bisher aus Schwerindustriellen und Börsenmagnaten bestanden, würden bei einer solchen Entscheidung vielleicht doch die Augen übergehen!

Neue Austreibungen.

Duisburg, 27. Juni. (W.Z.) Die verlaufen, werden morgen früh um 9 Uhr etwa 285 Eisenbahnerfamilien von Duisburg-Hauptbahnhof aus die Fahrt ins unbefestete Gebiet antreten. In Duisburg hatten zunächst 233 Eisenbahner nebst Familien den Ausweisungsbefehl erhalten, darunter befanden sich neun aus Buchholz. Diesen letzteren, sowie einigen Duisburger Eisenbahner, wurde eine Ausfuhr bewilligt. Mit den Duisburgern zusammen werden, wie es heißt, 85 Eisenbahner nebst Familien aus Oberhausen-West, die gleichfalls den Ausweisungsbefehl erdienten, die Reise antreten. Unter den letzteren befinden sich verschiedene Hauseigentümer. Alle Ausgewiesenen müssen ihr Mobiliar in der Wohnung zurücklassen.

Neue Menschenopfer.

Aöln, 27. Juni. (W.Z.) Die der „Köln. Ztg.“ aus Buer berichtet wird, ist außer den bereits genannten Personen auch der Sohn des Steigers Werner vorgestern von französischen Soldaten der Besatzungstruppen erschossen worden. Die Zahl der Erschossenen stelle sich viel höher, als ursprünglich angegeben wurde. Unter anderen sei auch eine Frau durch einen Brustschuß schwer verletzt worden.

Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung.

Zur jüngsten Devisenverordnung hat der Reichswirtschaftsminister folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

§ 1. In Fällen, in denen für ausländische Zahlungsmittel amtliche Kurse nicht notiert werden, können im Bedarfsfälle in der Presse regelmäßig Preise veröffentlicht werden, die von einem Ausschuss der Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr ermittelt werden. Diese Preise treten für Geschäfte mit solchen Zahlungsmitteln an die Stelle der amtlichen Kurse im Sinne des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni 1923. Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschluß in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise.

§ 2. Ausländische Banknoten, Sorten und Papiergeld können auch über den in § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni d. J. festgesetzten Höchstbeiträge hinaus von Devisenbanken und Wechselstuben zu einem Preise unterhalb der letzten amtlichen Kurse oder der nach § 1 ermittelten Preise erworben werden.

§ 3. Die Vorschriften der Verordnung finden auf Geschäfte, die mit der Devisenbeschaffungsstelle abgeschlossen werden, keine Anwendung.

Devisenkurse.

	27. Juni		28. Juni	
	Käufer (Gold-Russ)	Verkäufer (Preis-Russ)	Käufer (Gold-Russ)	Verkäufer (Preis-Russ)
1 holländischer Gulden	50850.-	60150.-	49176.50	49423.50
1 argentinische Papier-Peso	55853.-	58997.-	44588.-	44812.-
1 belgischer Frank	8608.-	8632.-	8608.-	8642.-
1 norwegische Krone	27431.-	27589.-	20847.50	20962.50
1 dänische Krone	28927.50	29072.50	22448.50	22556.50
1 schwedische Krone	48890.-	44110.-	83418.-	83584.-
1 finnische Mark	—	—	8478.-	8490.-
1 japanischer Yen	76303.50	76891.50	—	—
1 italienische Lire	7906.50	7843.50	5548.-	5574.-
1 Pfund Sterling	708225.-	711775.-	578550.-	581450.-
1 Dollar	152617.-	153383.-	125685.-	126315.-
1 französischer Franc	6975.-	10025.-	7755.50	7794.50
1 brasilianischer Milreis	16458.50	16441.50	18408.-	18534.-
1 Schweizer Franc	28927.50	29070.50	22448.50	22556.50
1 spanische Pesta	22942.50	23057.50	18658.-	18747.-
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	180.09	180.98
1 tschechische Krone	—	—	8771.50	8789.50
1 ungarische Krone	—	—	14.93	15.05
1 bulgarische Leva	—	—	1886.50	1898.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1418.-	1424.-

Tennis und Teuerung.

Nicht weit von der Stelle, auf der der Wochenmarkt stattfindet, ist ein Tennisplatz. Jemandem in Groß-Berlin, genaue Angaben von Straße und Hausnummer ist aus dem Grunde gleichgültig, weil sich die Vorformnisse, die hier geschildert werden, tagtäglich an den verschiedensten Stellen Berlins abspielen. Der Tennisplatz liegt offen, durch keine Hecke oder Zaun gegen die Straße abgeperrt und kann von den Straßenpassanten in allen seinen Teilen bequem übersehen werden. Jeht ihr vormittags. Auf dem Tennisplatz spielen Damen und Herren der sogenannten „guten Gesellschaft“ in feinstem Sportdreh, und mit den Bällen fliegen Scherz Worte herüber und hinüber. Mit einem Wort: die Herrschaften hier sind in denkbar rosigster Laune.

In der Nähe des Tennisplatzes befindet sich, wie gesagt, ein Wochenmarkt. Frauen des arbeitenden Volkes, die keine Zeit haben, am frühen Morgen auf dem Tennisplatz zu sauzenzen, die kaum Zeit finden, den langen Tag über die vielen häuslichen Arbeiten zu erledigen, kommen mit kummervollen Miene vom Einkauf auf dem Wochenmarkt. Die Preise für alle Lebensmittel sind katastrophal gestiegen, sie haben große Gelder für das Allernotwendigste ausgegeben, und ihre Markttaschen sind doch leer. Und nun erlösen sie auf dem Tennisplatz die Richtstuer, die vorgezogen und aller guten und heiteren Gedanken voll sind. Frohlockend bleiben die Hausfrauen stehen, und es kann gewiß nicht wundernehmen, daß sich aus manchem finstern Mund der Ruf ringt: Verdammte Bande!

Gegen das Tennispiel wird man gewiß Gewichtiges nicht einzuwenden haben. Es ist ein Sport wie mancher andere auch und trägt zur Körperkultur und Erholung bei. Wenn es aber Leute gibt, die auf der Welt nur die Sorgen haben, wie sie die Angelegenheiten vertreiben können, auf einem den Augen aller Passanten zugänglichen Platz zu einer Zeit Tennis spielen, in der von des Alltags Arbeit müde Frauen ihren Kummer vorbeischieppen, dann steht man jaungstos davor. Wissen denn diese Menschen wirklich nicht, wie aufregend sie wirken?!

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

Am 1. Juli werden bekanntlich die Eisenbahnfahrpreise in der dritten und vierten Klasse um 200 Proz. in der ersten und zweiten Klasse um 300 Proz. erhöht; aus dieser Erhöhung ergeben sich folgende Einheitspreise für den Kilometer:

in der 1. Klasse 800 M., in der 2. Klasse 400 M., in der 3. Klasse 150 M., in der 4. Klasse 100 M.

Die Schnellzugzuschläge für die Benutzung von D-Zügen betragen: in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 1. Klasse 16 000 M., 2. Klasse 8000 M., 3. Klasse 3000 M.; in der 2. Zone (bis 150 Kilometer) 1. Klasse 32 000 M., 2. Klasse 16 000 M., 3. Klasse 6000 M.; in der 3. Zone (über 150 Kilometer) 1. Klasse 48 000 M., 2. Klasse 24 000 M., 3. Klasse 9000 M. Platzkarten, die in den Zugausgangsstationen für alle D-Züge von den Mitteleuropäischen Reisebüros ausgegeben werden oder von außerhalb dort bestellt werden können, kosten: für die 1. Klasse 6000 M., 2. Klasse 3000 M., 3. Klasse 1000 M. Eine Bahnsteigtarte kostet 600 M., der Einheitspreis für Gepäck beträgt 24 M. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer, die Mindesttarif 3000 M. Die Preise für Beilagen für die Instandsetzung der Reichsbahn- und Mitropaschloswagen betragen in der 1. Klasse (Einzelabteil) 200 000 M., in der 2. Klasse (2 Personen in einem Abteil) 100 000 M., für Liegewagen 3. Klasse 40 000 M. und eine Vorkerkergebühr von 10 Proz., wenn die Beilagen innerhalb der vierzehntägigen Vorkerkerfrist in den Wer-Bureaus gelöst wurde. — An der vierstägigen Gültigkeit der gewöhnlichen Fahrkarten wird nichts geändert; Fahrkarten, die am 30. Juni gekauft sind, gelten zur Fahrt noch bis zum 3. Juli um Mitternacht. Die Gültigkeit der Rundreisecheffe (Wer-Fahrcheffe) ist jedoch beschränkt worden; Inhaber von Wer-Fahrcheffen müssen, gleichgültig, ob sie das Heft bereits im Mai oder im Juni gekauft und die Reise bereits vor dem 1. Juli angetreten haben, für Reisehefte, die sie nach dem 3. Juli nachts 12 Uhr zurücklegen, den Fahrpreisunterschied nachzahlen. Dieser Fahrpreisunterschied ist grundsätzlich vor Eintritt der Reise oder Weiterreise bei einer Ausgabe des Mitteleuropäischen Reisebureaus oder einer größeren Fahrkartenausgabe nachzugeben. In besonderen Fällen wird die Nachzahlung ausnahmsweise auch in den Zügen zugelassen. Ueber die Nachzahlung wird ein Ergänzungsfahrchein ausgestellt.

Die Pachtpreise der Kleingärten.

Eine Professoerverammlung der Kleingärtnervereine.

Der Gauverband Berlin im Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands hatte zu Montag eine öffentliche Professoerverammlung gegen die geplante Erhöhung der Pachtpreise nach dem Sozialbau Friedrichshain einberufen. Von den geladenen Behörden hatten das Reichsarbeitsministerium, das Zentralkleingärtneramt und verschiedene Bezirkskleingärtnerämter Vertreter entsandt. Der Referent John vom Gauverband führte aus, daß die Behörden dem Drängen der Grundeigentümer nach erhöhten Pachtpreisen zu willig gefolgt sind. Es bestände die große Gefahr, daß den Kleingärtnern durch den Ansturm der Grundeigentümer ihrer Rechte und ihrer Parzellen verloren gehen könnten. Der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Stadtverordneter Wendi führte aus, daß die Grundeigentümer heute einen Generalsturm auf die Schutzgesetzgebung für Kleingärtner eröffnet haben. Ihnen kommt es darauf an, möglichst gar kein Land an Kleingärtner zu verpachten. Die Früchten sich, auch nur einen Quadratmeter für Kleingärtnerzwecke bereitzustellen. Sie sagen, wenn sie die steuerlichen Lasten, die manchmal das Vielfache der erzielten Pachtpreise ausmachen, tragen müssen, dann könnten sie unter diesen Umständen kein Land mehr zur Verfügung stellen. Daher ihr Kampf für die erhöhten Pachtpreise und gegen die Schutzbestimmungen. Bei den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen werden auch die Kleingärtner nicht darum herum kommen, erhöhte Pachtpreise zu zahlen. Zum Teil werden heute noch Friedenspachtpreise gezahlt, die der Geldwertvermehrung keine Rechnung tragen. Die Arbeiterklasse muß natürlich, wenn sie höhere Löhne trägt, mit aller Macht dahin drängen, daß ihre Lohn- und Gehaltsverhältnisse besser werden. Die Sozialdemokratie wird nach wie vor mit aller Energie sich dafür einsetzen, daß die Schutzbestimmungen im Interesse der Kleingärtnerbewegung erhalten bleiben und ausgebaut werden. Die Versammlung, die außerordentlich stark kommunistisch orientiert war, unterbrach den Redner wiederholt, so daß er von weiteren Ausführungen Abstand nahm. Eine Resolution, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Erhöhung der Pachtpreise wandte, fand einstimmige Annahme.

Frachtbrieffschwindel im großen.

Eine Dessauer Firma wurde von einem Berliner Schwindler, dem Kaufmann Georg Lippmann aus der Greifswalder Straße, um 115 Millionen betrogen. Lippmann setzte sich mit verschiedenen Firmen in Verbindung, denen er preiswerte Bleche und andere Eisenwaren zum Kauf anbot. So entschloß sich u. a. eine Dessauer Firma, eine große Sendung zu übernehmen. Es wurde vereinbart, daß der Kaufpreis bei Eingang des Duplikatfrachtbriefes bezahlt werde. Lippmann brachte nun auch tatsächlich einen Teil der bestellten Eisenwaren zum Versand und erhielt daraufhin den Frachtbrief. Auf diesem änderte er das Gewicht usw. und erhielt von der Firma 115 Millionen Mark ausgezahlt. Beim Eintreffen des Waggons stellte sich dann der Schwindel heraus. Lippmann war jetzt verschwunden. Gestern

gelang es der Kriminalpolizei, den Betrüger zu ermitteln und festzunehmen. Von dem erschwindelten Gelde war jedoch nichts mehr vorhanden.

Mit Genehmigung des Wohnungsamtes verkauft.

Möbelfabrikanten und Möbeldhandlungen haben einen starken Verbrauch von Läden und Wohnungen, die sie als Verkaufs- oder Lageräume benutzen. Wer ihnen Einschränkung ihres Raumbenutzungs zumutet, kann sich auf die Antwort gefasst machen, daß alle Räume unentbehrlich seien. Das mußten sich auch Wohnungsuchende sagen lassen, die einen Laden im Hause Gleditschstr. 23 gern als Wohnung übernommen hätten. Der Möbeldändler Gerardsdorfer, der ihn als Mieter seit langer Zeit inne hat, „brauchte“ ihn. Möbel verkaufte er darin nicht, aber er hielt ihn fest. Dabei hat er in der Nachbarschaft noch zwei andere Läden, einen im Nebenhaus Gleditschstr. 22 und einen in dem wenige Schritte entfernten Hause Grunewaldstr. 12, Ecke Gleditschstraße. Er „brauchte“ die drei Läden, um darin teils seinen Möbeldhandel, teils das wahrscheinlich lohnendere Geschäft des Verkaufs von Edel- und Krimelsteinen zu betreiben. Als nun bekannt wurde, daß er den Laden im Hause Gleditschstr. 23 an einen anderen Geschäftsmann abgeben wollte, wandte ein Wohnungsuchender sich an das zuständige Wohnungsamt Tiergarten und schlug eine andere Verwendung des Ladens vor. Darauf erhielt der Briefschreiber die folgende sehr wertvolle Antwort:

Wohnungsamt Tiergarten, Abteilung A.

Berlin, den 13. Juni 1923.

Auf Ihr Schreiben vom 1. Juni 1923 teilen wir Ihnen mit, daß Herr Gerardsdorfer nicht mehr Inhaber des Ladens ist, sondern mit Genehmigung des Wohnungsamtes an Herrn Robert Schneider verkauft hat.

J. A. Hogemann.

„Verkaufen“ kann man natürlich nicht einen gemieteten Raum, sondern höchstens ein Geschäft, also eine einigermaßen vollständige Ladeneinrichtung, ein die Weiterführung des Geschäfts ermöglichendes Warenlager — oder auch, wie man zu sagen pflegt, die Kundschaft. Man versichert uns, daß Herr Gerardsdorfer in dem Laden, als er ihn abgab, nicht viel von Belang zurückgelassen habe. Hier erhebt die Frage, was er „mit Genehmigung des Wohnungsamtes verkauft“ hat. Weider hat das Wohnungsamt sich darüber nicht näher geäußert.

Neuer Brotpreis.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Mit Rücksicht auf das weitere Steigen der Teuerung mußte eine weitere Erhöhung der Bäckergehilfenlöhne eintreten. Infolge der Auswirkung dieses Umstandes sowie der gleichzeitigen erneuten Steigerung der Kohlen- und Hefepreise erhöht sich vom 2. Juli 1923 ab der Höchstpreis für das Markenbrot von 1900 Gramm auf 2600 M. für die Markenscheibe von 45 Gramm auf 130 M.

Der Konkursverwalter im Köhn-Prozess.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst Konkursverwalter Schubert als Zeuge ausgerufen. Es kommt bei dessen Vernehmung zu einer heftigen Auseinandersetzung im Gerichtssaal. Große Erregung bei dem Angeklagten Köhn und auf der Verteidigerbank ruft die Angabe des Zeugen hervor, daß ihm bald nach Konkursöffnung mitgeteilt worden sei, daß jemand in einem Hotel am Kurfürstendam von einem Nebenzimmer aus ein Gespräch mitangehört habe, in dem gesagt wurde, daß Köhn noch einige Unterschriften zu leisten habe und dann in den nächsten Tagen aus der Unternehmungshaft herauskomme. Er werde dann mit 30 Millionen Mark nach Joppat verschwinden. Da ihm auch mitgeteilt worden sei, daß die Vertreter Jung und Lewis zu R. A. Dr. Ahrens bestellt worden seien, um da einen Vertrag zu machen, so habe er Hausdurchsuchungen vornehmen lassen und von der Staatsanwaltschaft den Auftrag erhalten, die Vertreter von Köhn verhaften zu lassen. Rechtsanwalt Dr. Ahrens: Diese Mitteilung ist mir sehr interessant. Ist es nicht richtig, daß Sie in ein Telefongespräch, das die beiden Vertreter mit mir führten, eingeschaltet worden waren und es belauscht haben und daß Sie dann mit Kriminalbeamten die beiden Vertreter vor meiner Wohnung abgeholt haben. Tatsächlich ist das mit der Verhaftung vor meinem Bureau etwas filmmäßig zugegangen. Während ich in der Sprechstunde wartete und die Herren nicht kamen, sind sie draußen abgeholt und in Haft genommen worden. Es ist ein dreifaches Märchen, wenn behauptet wird, daß bei mir beabsichtigt worden sei, einen Vertrag zu machen. Es handelte sich bei dem Gespräch darum, daß ich zum Staatsanwalt gegangen war, um zu hören, was gegen meine Mandanten vorliege und daß ich in dem Telefongespräch, das Herr Schubert belauscht hat, die Herren zu mir in mein Bureau bestellte, um ihnen die Mitteilung zu machen. Ich sage Herrn Schubert auf den Kopf zu, daß er das gehört haben muß, oder er will es nicht zugeben, daß ich beide Vertreter zu diesem Zweck in mein Bureau bestellte.

Eine Familientragödie spielte sich gestern Abend in der Bergstraße 6 ab. Der 71jährige Händler G. war darüber aufgebracht, als einer seiner Söhne spät nach Hause kam, und machte ihm Vorhaltungen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der der Vater nach einem Beil griff. Der Sohn entriß ihm dieses und schlug auf den Vater ein und trennte ihm zwei Finger von der linken Hand. Als der Sohn sah, was er angerichtet hatte, stürzte er.

Der Verkehrsverband an der Reinickendorfer Heidenwalde-Groß-Schöneberger Eisenbahn label zur Professoerverammlung am Dienstag, den 3. Juli, abends 6 Uhr, im Saale des Herrn Schneider in Berlin-Rosenhal (Wilhelmstr.) Hauptstraße 3, ein. Tagesordnung: Verkehrsverbesserung und Verstaatlichung der Nebenbahn. Der Verkehrsverband bittet alle Behörden und Interessenten um Unterstützung und Hilfe zur Erreichung des gestellten Ziels, zum Wohle der an dieser Strecke gelegenen Gemeinden und Städte.

Volkskonzert des Bläserorchesters in Lichtenberg. Das Lichtenberger Volksbildungsamt veranstaltet Mittwoch, heute, abends 8 Uhr, im Festsaal an der Parkaue ein Konzert mit vollständigem Programm, für das das Bläser-Orchester unter Leitung von Kapellmeister Wägenbarth gewonnen ist. Konzertmeister Lamborn wird als Solist „Süngermeilen“ von Saralate spielen. Karten sind bei der Geschäftsstelle des Volksbildungsamtes, Lichtenberg, Möstendorferstr. 5, Kulgang 3, sowie bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Die Opfer des New Yorker Hochbahnunglücks. Nach einer neuer-Weidung wurden bei dem Hochbahnunglück in New York insgesamt acht Personen getötet und 83 verwundet.

Einflurkatastrophe in einem Wallenhaus. Das mohammedanische Armenwaisenhaus in Kalkutta ist eingestürzt. Vierzig Personen wurden getötet, einige schwer und 25 leicht verletzt. Siebzehn werden vermisst.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Für den Kampffonds der USPD, sind von der 4. Abteilung am 12. Juni 25 000 M., und am 27. Juni 20 000 M. an die Bezirkskasse abgeführt worden, worüber hierdurch auf Wunsch mit bestem Dank öffentlich quittiert wird. J. A. Alex Pagels.

11. Kreis, Schöneberg-Friedenau. Die Kreismitgliederversammlung findet nicht am 29. Juni, sondern am Freitag, den 6. Juli statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch viel und überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und zeitigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

